

Dramfeld und die niedersächsische Verwaltungs- und Gebietsreform

Vorgeschichte

Die Niedersächsische Gemeindeordnung (NGO) läßt von jeher kommunale Gebietsveränderungen zu, wenn dadurch das "öffentliche Wohl befördert" wird (§ 17 ff und § 19).

Insofern ist die hier besprochene Gebiets- und Verwaltungsreform kein von "oben befohlener" Zusammenschluß ehemals selbständiger Dörfer zu einer neuen größeren Gemeinde gewesen, sondern eine von Politikern gewollte und von Landesplanern erarbeitete Veränderung der kommunalen Struktur. Ziel dieser Reform war, "lebensfähige" Gemeinden zu bilden; das heißt Gemeinden, deren Finanzkraft ausreichend groß ist, um beispielsweise moderne Straßen, Wasserversorgungs- oder Schulneubauten bezahlen zu können. Dennoch war diese Reform wie in Niedersachsen auch in den anderen Bundesländern heftig umstritten. In vielen Fällen nahmen die Landesentwicklungsplaner keine Rücksicht auf das regionale Selbstverständnis der Bevölkerung, historisch gewachsene Eigenarten ländlicher Gebiete wurden "eingeebnet"; ehemals gleichberechtigte Dörfer wurden von einem größeren abhängig, das bereits eine größere Verwaltung sowie Schulen, Ärzte und Apotheke vorweisen konnte. Die Ausrichtung auf sogenannte "zentrale Orte" machte die kleinen Dörfer vielfach zu reinen Schlafstätten, so daß man schließlich gezwungen war, diesen Wandel durch Entwicklungsprojekte für die Dörfer, zum Beispiel durch die Dorferneuerungsverfahren, zu korrigieren.

Insofern stehen Dramfeld und die anderen neun Dörfer nicht allein mit ihren Problemen, sondern haben die gleichen Schwierigkeiten wie ein großer Teil der 4072 Gemeinden, die in Niedersachsen zu 425 "kommunalen Einheiten" zusammengefaßt wurden.

Pläne zu einer Gebiets- und Verwaltungsreform gab es seit 1965. Seit 1968 erließ der Niedersächsische Landtag laufend die "Gesetze zur Verwaltungs- und Gebietsreform"; eine Sachverständigenkommission für die Gebiets- und Verwaltungsreform übergab der Landesregierung ihr Schlußgutachten im März 1969 und erst im Juni 1977 wurde das abschließende "8. Gesetz zur Verwaltungs- und Gebietsreform" erlassen.

Als Kreisdirektor Hartwig in der Gemeinderatssitzung vom 10.9.1969 den Dramfelder Ratsherren über die Aktivitäten der o.g. Gutachter berichtete, konnte er noch keinerlei Vorgaben formulieren, "da die Reformvorschläge der Weberkommission noch umstritten sind". Knapp ein Jahr später war die Entscheidung in Dramfeld gefallen. Die auf der Sitzung am 21.8.1970 anwesenden Ratsherren des Dramfelder Gemeinderates beschlossen einstimmig, daß "Dramfeld soweit wie möglich allein bleiben will. Sollte eine Zusammenlegung notwendig werden, so käme nur ein Zusammenschluß mit Rosdorf in Frage."

Nach weiteren zwei Jahren kam es schließlich am 15.8.1972 im Gemeinderat zur letzten eingehenden Beratung sowie zur Annahme und Genehmigung des erforderlichen Gebietsänderungsvertrages. Die Ratsherren beendeten die Sitzung mit den Worten: "Wollen nun wünschen und hoffen, daß nach Inkrafttreten dieses Gebietsänderungsvertrages die Gemeinde weiterhin gut und zu ihrer Zufriedenheit

verwaltet wird."

Das Ergebnis der mehrjährigen Beratungen in und für Dramfeld ist im § 7 des "Gesetzes zur Neugliederung der Gemeinden im Raum Göttingen" vom 20.11.1972 enthalten: Das Dorf wurde mit den zehn Gemeinden Atzenhausen, Dahlenrode, Klein Wiershausen, Lemshausen, Mengershausen, Obernjesa, Rosdorf, Settmarschhauserei, Sieboldshausen und Volkerode (Landkreis Göttingen) sowie den zur Gemeinde Jühnde (Landkreis Münden) gehörenden Gebietsteilen „Klauenfeld“ und "Vorwerk Örshausen" zur Gemeinde Rosdorf zusammengeschlossen. Der Zuständigkeitsbereich des neuen Ortsteils Dramfeld wurde durch die Vorschriften der NGO und zusätzlich durch eine sogenannte Hauptsatzung geregelt.

Von nun an hatte sich der Ortsrat um alle örtlichen Angelegenheiten zu kümmern, deren Bedeutung nicht über die Grenzen des Dorfes hinausreicht, z.B. um die Unterhaltung des Dorfgemeinschaftshauses, des Sportplatzes, der Spielplätze. Angehört wird der Ortsrat, sobald über Investitionsvorhaben in der Ortschaft oder über die Bauentwicklung entschieden werden muß; wenn öffentliche Einrichtungen verändert oder örtliche Straßen und Wege ausgebaut oder benannt werden sollen, wenn gemeindliches Eigentum im Ort verkauft oder verpachtet werden soll oder Grenzänderungen für den Ort anstehen.

Das Recht des Ortsrates, in örtlichen Angelegenheiten eigene Vorschläge zu machen und Anregungen zu geben, die dann von der ganzen Gemeinde beraten werden müssen, bot und bietet bis heute die Chance, etwas mehr für das eigene Dorf zu tun, erfordert allerdings auch Unternehmungsgeist und Überzeugungskraft.

Insgesamt gesehen aber hatte man der politischen Vertretung des Ortes erhebliche Entscheidungsmöglichkeiten genommen und ihre Zuständigkeiten beschnitten. Dies wurde von vielen als Abwertung empfunden, die wiederum zweierlei Folgen hatte. Wie man an der nachlassenden Beteiligung der Zuhörer an den Ortsratssitzungen ablesen kann, hat das Interesse der Bevölkerung an der Kommunalpolitik ganz offensichtlich im Laufe der Jahre abgenommen; vielleicht weil man nicht mehr so ohne weiteres erkennen konnte, wo die Politik gemacht wird und weil man glaubte, daß die, die da über Dramfelder Bedürfnisse entschieden, das Dorf gar nicht kennen. Und Dramfelder Einwohner, die wirkungsvolle Kommunalpolitik betreiben wollten und nicht nur beratend tätig sein wollten, die bereit waren, Verantwortung zu übernehmen und Entscheidungen zu treffen, denen blieb fortan nichts anderes übrig, als sich in den Gemeinderat wählen zu lassen. Aber selbst die größten Kritiker mußten zugeben, daß Dramfeld zwar das Recht der Selbstverwaltung verloren, dafür aber die Möglichkeit gewonnen hatte, vom größeren Finanzvolumen der Gemeinde zu profitieren.

Am 31.12.1972 endete die Selbständigkeit der Gemeinde Dramfeld. "Alle Geschäfte werden dann in Rosdorf erledigt" heißt es in der Mitteilung an Rat und Gemeinde. Auf einer ihrer letzten Sitzungen im Dezember 1972 beschloß der Dramfelder Gemeinderat, einen Dorfgemeinschaftsabend durchzuführen. Manche Politiker erinnern sich jedoch dran, daß man mehr als einmal gefeiert hat.

Dramfeld seit 1973

Im folgenden soll der Frage nachgegangen werden, was die Dramfelder Politiker in

den vergangenen 25 Jahren beschäftigt hat und wie sie ihre Politik betrieben haben. Die Protokolle der Ortsratssitzungen geben nicht auf jede Frage eine Antwort. Aber sie enthalten eine Reihe erinnerungswerter Vorgänge, die im Dramfelder Ortsrat "verhandelt" worden sind. Es finden sich unter anderem Diskussionen über Hundesteuern und über Müllabladen, über die Reinigungspflicht der Anlieger der Hauptstraße und über Begrünungsmaßnahmen. Man beriet ausgiebig über die Vergabe von Hausnummern an mehrere Häuser auf einem Grundstück und von Zuschüssen an die Vereine, über die Gestaltung von Seniorennachmittagen und die Teilnahme am Wettbewerb "Unser Dorf soll schöner werden". Um den Lesern eine kleine Vorstellung davon zu geben, wie langwierig manche Beratungen waren, habe ich eine Auswahl der im Ortsrat besprochenen Themen getroffen und die Diskussionen darüber zusammengefaßt.

Die erste Sitzung des Ortsrates der Ortschaft Dramfeld fand am 24.4.1973 statt. Mitglieder waren seinerzeit Albert Hofmeister, Karl-Heinz Ludolph, Heinz Ronsöhr, Hans Schelper, Dieter Winter, von der Gemeinde war Gemeindedirektor Morgenstern anwesend.

Immer wieder beschäftigte sich der Ortsrat Dramfeld mit den Bereichen der örtlichen Infrastruktur, d.h. mit der Gas- und Wasserversorgung, dem Straßenbau, mit dem Bau bzw. der Errichtung eines Dorfgemeinschaftshauses. Eine praktikable und legale Lösung, stets ausreichend Löschwasser in der Dramme zu haben, wird seit 1973 gesucht.

Gasversorgung

Im selben Jahr, in dem der Gemeindeentwicklungsplan diskutiert wurde (1974), überlegte ein Ortsratsmitglied, ob man nicht angesichts des baldigen Ausbaus der Hauptstraße daran denken sollte, gleich eine Hauptgasleitung mit in die Straße zu verlegen. Im November 1978 unterrichtete ein Firmenmitglied die Dramfelder über die Kosten eines Anschlusses. Diese Kosten erschienen vielen Dramfeldern abschreckend; so daß der Ortsbürgermeister im Februar 1980 auf einer Ortsratssitzung mitteilte, daß die Verhandlungen mit der Firma "Gasversorgung Südhannover-Nordhessen" negativ verlaufen seien, da sich zu wenige Anschlußnehmer gemeldet hätten. Anfang 1986 wurde die Ablehnung der Firma SN-Gas, Dramfeld zu versorgen, noch einmal bestätigt.

Ortsdurchfahrt

Die durch den Ort führende Straße beschäftigte die Politiker besonders lange und besonders oft. Da der Ausbau der Ortsdurchfahrt im Laufe der Jahre viele Gemüter erregt hat, soll auf dieses Thema ausführlicher eingegangen werden. Zunächst beschloß der Gemeinderat im Juli 1969, die Straße "Hauptstraße" zu nennen. Im Dezember 1972 diskutierte man den Vorschlag von Land und Kreis, Bürgersteige anzulegen. Die Gemeinderäte waren einverstanden und beauftragten die Kreisbaubehörde, mit den Vorplanungen zu beginnen. Nach der Gebiets- und Verwaltungsreform war es die Aufgabe der Gemeinde Rosdorf geworden, diese Baumaßnahme weiter zu betreiben. Bereits auf der Ortsratssitzung im Juni 1973 wurden Finanzierungsmöglichkeiten und Ausbaupläne vorgestellt. Es wird deutlich, daß man seinerzeit lediglich einen Gehweg, und zwar entlang der Nordseite der mittlerweile zur Landesstraße L 564 aufgewerteten Hauptstraße wünschte und daher

dem Gemeinderat empfahl, die erforderlichen Mittel in den Haushalt 1974 aufzunehmen. Im November des gleichen Jahres bat man den Gemeinderat, Haushaltsmittel für Anpflanzungen sowie für die Herstellung der Uferroute in den Haushalt 1974 einzuplanen, da man erwartete, daß die Regulierung des Bachbettes mit in die vorgesehenen Straßenbaumaßnahmen einbezogen würde. Im Februar 1974 hieß es bereits, die Bauarbeiten würden vermutlich im Februar 1975 beginnen.

Im Juni 1974 erfuhr man, daß das Straßenbauamt zu der Auffassung gelangt sei, nicht nur den Gehweg innerhalb Dramfelds sondern die gesamte Ortsdurchfahrt ausbauen zu müssen. Eine Umgehungsstraße wurde von einem Ortsratsmitglied kategorisch abgelehnt; und die übrigen Ortsratsmitglieder hatten gegen den Ausbau der gesamten Ortsdurchfahrt ebenfalls keine Bedenken.

Die Jahre vergingen, im Mai 1977 wurde im Ortsrat die Dringlichkeit des Ausbaues betont und daran erinnert, daß diese Maßnahme bereits 1972 beantragt worden sei. Im Januar 1979 war es schließlich soweit, daß den Einwohnern die Planungsunterlagen vorgestellt werden konnten. Die Frage nach den Kosten, die auf jeden zukommen sollten, blieb unbeantwortet; immerhin regte ein Ortsratsmitglied an, zusammen mit den Ausbauplänen auch den Abrechnungsmodus bekanntzugeben. Langsam wurden die örtlichen Politiker und die Einwohner ungeduldig. Zweimal erwog man, eine Bürgerinitiative zu gründen, um auf die Unebenheiten und Gefahren der Dramfelder Ortsdurchfahrt aufmerksam zu machen. Schließlich lagen im Februar 1980 die Ausbaupläne beim Ortsbürgermeister zur Einsicht aus, die Unterlagen zum Planfeststellungsverfahren konnten in der Gemeindeverwaltung in Rosdorf eingesehen werden. Es verging ein weiteres Jahr.

Im März 1981 wurden Ortsrat und Öffentlichkeit über die Planungen zum Ausbau der Ortsdurchfahrt unterrichtet; das Protokoll vermerkt, daß es bis auf wenige Ausnahmen keine Einwände von Seiten der anwesender Einwohner gegen die Vorschläge der Straßengestaltung gab. Fragen nach den Kosten wurden mit der Antwort beschieden, daß diese erst nach erfolgter Ausschreibung mitgeteilt werden könnten; auf jeden Fall müsse man angesichts der Preisentwicklung mit Kostensteigerungen - eventuell auch mit Senkungen - rechnen. Nach weiteren zwei Jahren (November 1983) erfuhr die Dramfelder Öffentlichkeit; daß 1984 mit dem Ausbau begonnen werden sollte, die Kosten ca. 1,6 Millionen DM betragen würden, von denen der Gemeindeanteil ca. 400.000,00 DM betragen würde.

Die Dauer der Bauarbeiten schätzte man auf zwei Jahre. Die Zeit verging, die Preise stiegen; im Januar 1985 hatte sich der Gemeindeanteil von bisher 550.000,00 DM auf 723.000,-00 DM erhöht. Allerdings konnte man die Einwohner beruhigen, da das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz der Gemeinde einen Landeszuschuß von 75 % der Kosten in Aussicht stellte. Im April 1985 faßte der Ortsrat den - leider nie konsequent ausgeführten Beschluß -, "den Thieplatz in der historischen Form neu zu gestalten". Im Mai desselben Jahres begannen die Straßenbauarbeiten im Unterdorf.

Wege

Einer der gemeindeeigenen Wege führte "seit alters her" über das Küsel/Wernersche Grundstück. Im Juli 1978 beantragte der Eigentümer die Verlegung dieses Weges; in der Sitzung erweiterte er seinen Antrag und schlug der Gemeinde vor, auf diesen Weg völlig zu verzichten; im Gegenzug wollte er den Anliegern ein Wegerecht

eintragen lassen. Da der Ortsrat seinerzeit den Wert kleiner Seitenstraßen für ein Straßendorf wie Dramfeld noch nicht erkennen konnte, beschloß er, den Gemeindeweg ersatzlos aufzuheben.

Die ehemalige Lehmkuhle, auch "Schweineweide" genannt, wurde 1985 im Zuge einer Flurbereinigungsmaßnahme eingetauscht.

Seitdem man die Annehmlichkeit erkannt hatte, auf den zugeschütteten Mühlengräben einen ruhigen Spaziergang in Dramfeld machen zu können, bemühte man sich zehn Jahre lang vergeblich, eine Verbindung von der Mühlenstraße zum Augerweg und vom Sportplatz nach Mariengarten - in der Form von schmalen "Trampelpfaden" - herzustellen. Den Protokollen ist zu entnehmen, wie nach einem einstimmigen Beschluß des Ortsrates von 1988, einen Wanderweg zwischen Mühlenstraße und Augerweg einzurichten, unklare Eigentumsverhältnisse und eine restriktive Rechtslage, dazu die unwillige und ungeschickte Verhandlungsführung von Verwaltung und Politikern eine Verwirklichung des Planes verhinderten. Letztlich aber machte die Uneinsichtigkeit und der Egoismus der Eigentümer, deren Grundstück und Ländereien an die Dramme grenzen, alle guten Absichten einzelner Ortsratsmitglieder zunichte. Einne 1993 von Dramfelder Einwohnern "illegal" errichtete Brücke über die Dramme wurde von der Gemeindeverwaltung abgerissen.

Schulentwicklung

Die Bedeutung der Rosdorfer Schule wurde schon sehr früh deutlich, so daß die Politiker der kleineren Dörfer stets bestrebt waren, dieses Übergewicht durch einen zweiten Schulstandort im südlichen Gemeindebereich auszugleichen. So ist wohl auch die Bedingung zu deuten, "daß die absolute Vormachtstellung der Gemeinde Rosdorf zugunsten der zehn kleineren Gemeinden gemildert würde", unter der im Juni 1969 der Gemeinderat den Beitritt zum Schulzweckverband beschloß. In die gleiche Richtung weisen interfraktionelle Absprachen, eine Sporthalle im Süden der Gemeinde zu errichten: Da der Ortsrat im November 1974 erfahren hatte, daß die Schule in Dramfeld, wie im Schulentwicklungsplan vorgesehen, gefördert und ausgebaut werden sollte, bat er im Zuge der Haushaltsberatungen für 1975 die Gemeindeverwaltung, eine Halle im Ortsteil Dramfeld zu erstellen und die erforderlichen Haushaltsmittel bereitzustellen. Die Erörterungen im Dramfelder Ortsrat erwecken den Eindruck, als ob die Gemeinde die Planungen hinsichtlich der Schulentwicklung nicht langfristig, sondern je nach Bedarf vorangetrieben hat. Im März 1975 beriet der Ortsrat über die Einrichtung einer "Ringschule" in Dramfeld, Obernjesa und Sieboldshausen, die er begrüßte; im November 1976 scheinen die Befürworter einer Zentralisierung der Schulstandorte im Gemeinderat überzeugt zu haben; der Ortsrat schloß sich dieser Meinung an und empfahl, das "Primarstufenzentrum" im Südbereich zu erhalten bzw. auszubauen.

Knapp zehn Jahre später wurde eine Erweiterung der "Grundschule Dramfeld" erforderlich. Im Januar 1985 wurde der Ortsrat über die Planungen informiert, im Oktober 1985 bereits die Planunterlagen für Um- und Erweiterungsbau der Grundschule Dramfeld vorgestellt. Die in den Bauzeichnungen erkennbare Planung einer Turnhalle veranlaßte den Ortsrat, einen möglichst schnellen Bau dieser Turnhalle zu empfehlen. Der erste Spatenstich für den ersten Erweiterungsbau der Schule erfolgte 1987; die Planungen für eine zweite Erweiterung begannen 1990, im selben Jahr wurde die Turnhalle eingeweiht. Der Einzugsbereich der Schule wurde

1993 über die südlichen Dörfer hinaus auf Lemshausen und Mengershausen ausgedehnt, so daß seit dieser Zeit eine "volle Zweizügigkeit" gewährleistet war.

Dorfgemeinschaftshaus

Ein Zuhörer fragte auf der Ortsratssitzung im April 1979, warum man in Dramfeld nicht ein Dorfgemeinschaftshaus für alle Vereine errichten könne. Er hielt es für wenig sinnvoll, daß jeder Verein ein eigenes Häus unterhalten müßte. Der Ortsrat griff den Vorschlag in seiner Sitzung im Februar 1980 auf, der Ortsbürgermeister wollte sich mit den Vereinsvorständen treffen, um zu hören, welchen Raumbedarf sie hätten; man schlug außerdem vor, einen Teil der Ortsratsmittel für das zu bauende Mehrzweckgebäude zurückzuhalten. Zwei Jahre später hatte man eine andere Lösung gefunden. Zwar beriet man noch im März 1982 über eine Zwischenlösung in Hofmeisters Schweinestall, doch bereits in der nichtöffentlichen Sitzung im September des gleichen Jahres wurde empfohlen, das Grundstück Rode für 10 Jahre zu pachten. Im Februar 1983 wurde der Pachtvertrag diskutiert und im Mai 1983 der Öffentlichkeit mitgeteilt, daß die Gemeinde das Grundstück Rode seit Anfang des Monats gepachtet habe. Der offizielle Name soll "Dorfgemeinschaftshaus (ehemaliges Gasthaus Rode)" lauten.

Unterkünfte für Asylbewerber und obdachlose Personen

Seit 1989 hat die Gemeinde das ehemalige Gasthaus Dieckmann gemietet, um dort Asylbewerber und obdachlose Personen unterzubringen.

Bauentwicklung

Nachdem der Bebauungsplan Nr. 3 (das Gebiet "In der Bleiche") noch innerhalb weniger Jahre auf den Weg gebracht, genehmigt und realisiert wurde (1970-1973 ff), brauchte der nächste etwas mehr Zeit. Anfang 1974 wurde in der Gemeinde Rosdorf ein von der Landesplanung vorgegebener Gemeindeentwicklungsplan diskutiert, der das Verkehrswesen, die Wasserversorgung, die Abwasserbeseitigung, den Fremdenverkehr und nicht zuletzt die bauliche Entwicklung in der gesamten Gemeinde umfaßte und als richtungsweisender Rahmenplan dienen sollte. Auf einer Ortsratssitzung im März 1974 hieß es daher von seiten der Gemeindeverwaltung, daß mit weiteren Baugebieten - außer den laufenden - zur Zeit nicht zu rechnen sei, es sei denn, der Ortsteil könne ausreichend großen Eigenbedarf nachweisen. Nach Beratungen Ende 1976 kam es schließlich Anfang 1979 zu einem Antrag im Ortsrat und der Empfehlung an die Gemeinde, einen Bebauungsplan für das Gebiet westlich der Straße Holland aufzustellen.

Im November 1983 erhielt der Ortsrat die Mitteilung, daß der Bebauungsplan 013 "Auf dem Anger" - damit war das o.g. Gelände gemeint - vom Gemeinderat beschlossen worden sei; und im Mai 1984 erfuhr er, daß auch die Bezirksregierung ihn genehmigt hatte. Anträge im Ortsrat, den Bebauungsplan zu ändern, um die Straße Holland in ihrer bisherigen Form zu erhalten und eine Anbindung der Neubausiedlung über die Baumgasse zu erreichen, wurden von der Gemeindeverwaltung und von einer Ortsratsmehrheit noch 1992 abgelehnt. Die ersten Baugruben wurden schließlich im Sommer 1994 auf den Grundstücken entlang der Baumgasse ausgehoben; im Laufe des Jahres 1996 waren fast alle Grundstücke bebaut.

Veränderungen

In den letzten 25 Jahren hat es in Dramfeld einige Veränderungen gegeben, die nicht unmittelbar etwas mit der Verwaltungs- und Gebietsreform zu tun haben. Dazu gehört die Aufgabe der beiden Gaststätten (Gasthaus Rode, geschlossen 1980; Gasthaus Dieckmann, geschlossen 1989) und zweier Heizungsbaufirmen nach 1994, die Auflösung der Kühlhausgemeinschaft (1985), die Schließung des Ladens 1984, der Raiffeisenbank und der Poststelle (November 1998). Immerhin gibt es noch zwei Vollerwerbslandwirte und einen "Biobauern". Im gewerblichen Bereich arbeiten in Dramfeld ein Fuhrunternehmen, ein Baustoffhandel und ein Getränkemarkt; außerdem gibt es eine Pension. Die traditionellen Vereine haben sich bis auf den Tischtennisverein erhalten; hinzugekommen sind die beiden kleinen Gruppen des "Swiene Klupps" und des "Clübchens". Alle Organisationen bemühen sich redlich - soweit es in ihrer Kräfte steht - das Gemeinschaftsleben zu erhalten, um den Ort nicht ganz zur reinen Schlafstatt werden zu lassen. Trotz der verhältnismäßig geringen Bevölkerungszunahme von 523 (1972/1973) auf 540 Einwohner (Mitte 1998) kennt man auch in Dramfeld seit Jahren die Integrationsprobleme mit "Zugezogenen" aus den Neubausiedlungen.

Es bleibt zu wünschen, daß die Ortschaft Dramfeld - ungeachtet aller Auseinandersetzungen in der Vergangenheit- auch in Zukunft ihren Platz in der Gemeinde Rosdorf erfüllt.

Quelle: Internetseite der Gemeinde Rosdorf
Zusammengestellt von: Dr. Dagmar Kleineke